

Die Aufgaben studentischer Vertretungen beziehen sich auf fachspezifische Inhalte sowie die Repräsentation studentischer Belange auf hochschulischer wie gesamtpolitischer Ebene. Einerseits ist zu klären, inwieweit Studierende sich für Hochschulpolitik interessieren und welche Betätigungsfelder sich hervorheben.

Im Zuge des Studierendenstreiks 1997 war eine Politisierung dieser Gruppe hinsichtlich Interesse und Aufgabenformulierung festzustellen. Die Befunde des Studierenden-survey 2000/01 sollen klären, ob sich dies aktuell bestätigt und in welche Richtung sich die studentischen Haltungen entwickeln (vgl. dazu taz, 5.12.2003, S.12).

3 Politisches Interesse und Aufgaben studentischer Vertretungen

Geringes politisches Interesse

Ogleich das allgemeinpolitische Interesse der Studierenden von 1983 bis 2001 abgenommen hat, bekunden sie am ehesten hier Aufgeschlossenheit. Je spezifischer die politische Dimension ist bzw. auf einen bestimmten Gegenstand ausgerichtet ist, desto weniger interessiert zeigen sie sich daran. Das bezieht sich neben hochschulpolitischen Fragen und Entwicklungen besonders auf die studentische Politik.

Nach einem gestiegenen Interesse 1997/98 setzt sich die langfristige Entwicklung seit 1983 auch 2001 weiter fort: Von über einem Drittel gar nicht bis wenig beachtet, zeigt sich nur eine Minderheit von 19% an Hochschul- sowie 8 Prozent an studentischer Politik als stark interessiert; bei allgemeinpolitischen Belangen sind dies immerhin 46%.

Damit einhergehend ist auch 2001 die Teilnahme an politischen Gruppen und Gremien, im Gegensatz zu sportlichen und kulturellen Aktivitäten, schwach ausgeprägt. Auf hochschulpolitischer Ebene wecken am ehesten Fachschaften Interesse und den Willen zu einer Partizipation. Je offizieller und politischer die Bereiche klingen, desto mehr Zurückhaltung oder Abneigung wird von Studierenden gezeigt.

Fachliche Aufgaben stehen im Vordergrund

Trotz politischer Abstinenz wissen die angehenden AkademikerInnen aber genau zu bestimmen, für welche Themen und Aufgaben sich studentische Vertretungen einsetzen sollen (vgl. Tabelle 1). Die verschiedenen Themen werden insgesamt deutlicher von Frauen und Studenten in den neuen Ländern unerstützt. Über den Zeitraum bis 2001 ist aber insgesamt ein abnehmender Trend in der Relevanzbekundung festzustellen.

Der Rückzug aus der hochschulpolitischen Sphäre spiegelt sich in der Themenwahl. Die größte Zustimmung erfahren Aspekte mit unmittelbar studienbezogenen Inhalten. Wie bereits in früheren Jahren wird 2001 der Verbesserung von Studienbedingungen und Lehre die höchste Bedeutung eingeräumt. Die Mitarbeit an Prüfungsbedingungen und Lehrinhalten sowie an studentischer Studienberatung rangieren dahinter.

Trotz verbreitetem politischen Desinteresse wird dennoch eine Beeinflussung interner Hochschulpolitik häufiger gefordert als beispielsweise die Lösung sozialer Fragen. Sehen in der Einmischung in hochschulpolitische Verhältnisse über die Jahre 74% bis 79% der Befragten eine wichtige Aufgabe, fand diese Forderung zu Zeiten des Hochschulstreiks 1997 mit 81% ihren bisherigen Höchststand.

Je weiter eine Aufgabe aber vom direkten Fachstudium entfernt gesehen wird, desto weniger wichtiger erscheint sie. Dabei handelt es sich um Felder, die auch in einem gesellschaftlichen Kontext zu sehen sind.

Tabelle 1 Aufgaben studentischer Vertretungen aus studentischer Sicht (2001) (Angaben in Prozent)				
	Dringlichkeit der Aufgaben			
	gar nicht	etwas	stark	vordringlich
Primär studienbezogene Aufgaben				
Bessere Studienbedingungen	1	8	44	47
Verbesserung der Lehre	2	14	45	40
Beeinflussung interner Hochschulpolitik	2	22	51	25
Mitarbeit an Prüfungsbedingungen/ Lehrinhalten	3	25	53	19
Studienberatung/ -hilfe	1	26	57	16
Nicht-primär studienbezogene Aufgaben				
Ausländische Studierende unterstützen	2	25	55	18
Soziale Fragen	6	39	45	10
Frauenbenachteiligungen abschaffen	16	38	33	13
Politische Vertretung außerhalb der Hochschule	16	49	28	8
kulturelle Belange	16	53	26	4
Quelle: Studierendensurvey 2001, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz				

Am ehesten liegt den Studierenden die Unterstützung ausländischer Kommilitonen am Herzen. Kulturelle Belange und die Lösung sozialer Fragen treten für studentische Vertretungen immer mehr in den Hintergrund. Der starke Rückgang der Dringlichkeit bei sozialen Belangen von 1983 bis 2001 von 83 auf 55% verdeutlicht diese Entwicklung.

Das gilt ebenfalls für die Abschaffung von Frauenbenachteiligungen. Sehen 2001 dies 46% als eine starke bis vordringliche Aufgabe an, so waren es 1990 noch 60%. Auch unter den Frauen verliert dieses Thema durchgängig an Gewicht.

Lag die Forderung nach einem allgemeinpolitischen Mandat der studentischen Vertretung immer zwischen 28% und 31%, legten im Zuge des Hochschulstreiks 1997/98 40% der Studierenden darauf einen großen Wert. Aktuell sind es 36% der Studierenden. Das politische Mandat bleibt umstritten.

Folgerungen

Trotz gestiegener politischer Apathie und gesunkener Teilnahmebereitschaft formulieren die Studierenden Aufgaben und Forderungen, die eine Existenz der Fachschaften und studentischen Selbstverwaltungen weiter nötig machen.

Insgesamt hat der studentische Rückzug aus hochschulischer Mitverantwortung, besonders angesichts der numerischen Stärke der Studierenden und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung, ein bedenkliches Ausmaß erreicht. Die verbreitete Distanz und Gleichgültigkeit gegenüber politischen Entwicklungen signalisiert ein hohes Maß an gesellschaftspolitischer Verantwortungslosigkeit.

Studentische Organe sollten gestärkt werden, damit sie für Studierende attraktiv und glaubwürdig sind. Dies setzt eine Einbindung ihrer Vertretung auf allen hochschulischen Ebenen ebenso voraus, wie die Bereitschaft der Politik sich mit studentischen Belangen ernsthaft auseinanderzusetzen. Nur so können brachliegende Potentiale gefördert und genutzt werden.

Sebastian Dippelhofer